

Impulse gegen Rechtsextremismus

Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus in Europa*

Einleitung

Rechtsextremismus ist kein nationales Phänomen. Vielmehr sind Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus in vielen Ländern präsent und die extreme Rechte vernetzt sich zunehmend über Ländergrenzen hinweg. Auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen fußende Einstellungen gegenüber Teilen der Bevölkerung, diskriminierende Handlungen und Strukturen oder gar offener Hass und Gewalt bezeugen ein besorgniserregendes Maß an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in vielen Ländern Europas und der Welt. vielerorts versuchen Rechtsextremisten, sich auf diesem Nährboden mit unterschiedlichsten Strategien und Strukturen in Gesellschaft und Politik zu etablieren. Sie veranstalten Aufmärsche und geschichtsrevisionistische Gedenkfeiern, organisieren sich in losen Kameradschaften oder Parteien und sitzen in Parlamenten. Bei der Europawahl punktete die extreme Rechte mit 39 Mandaten erneut auf internationaler Ebene mit Sündenbock- und Ausgrenzungsparolen.

Welche Gefahr geht also von der extremen Rechten aus? Wie geriert und organisiert sie sich in Europa und seinen Regionen? Welche Erscheinungsformen und Strategien lassen sich identifizieren und welche Gegenstrategien entwickeln? Ist Europa auf dem „rechten“ Weg?

Nora Langenbacher, die das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung leitet, unterstrich daher zu Beginn



Referent/innen:

- **Begrüßung:** *Nora Langenbacher*
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
- **Eröffnung:** *Martin Schulz, MdEP*
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament
- **Vortrag:** *Prof. Dr. Michael Minkenberg*
Lehrstuhl für Deutsche und Europäische Studien, New York Universität

* Zusammenfassung einer Konferenz am 30.11.2009 in Berlin

einer internationalen Konferenz die Relevanz, bei der Problemanalyse und ebenfalls bei der Suche nach Gegenstrategien über den „nationalen Tellerrand“ hinauszublicken. Schließlich sei Rechtsextremismus ein internationales Problem, dem auch international begegnet werden müsse. Mit der Konferenz und einem verstärkten programmatischen Fokus auf die internationale Dimension des Rechtsextremismus möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung die in Deutschland bisher zumeist im nationalen Kontext verbleibende Debatte über Rechtsextremismus und seine Bekämpfung um den europäischen Blickwinkel erweitern.

Die Vorträge und Diskussionen der Konferenz sind im Folgenden zusammengefasst.



Vortrag Martin Schulz, MdEP

Rechtsextremismusbekämpfung als Aufgabe europäischer Politik

Martin Schulz, MdEP, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, zeigte in einem Eröffnungsvortrag die Entwicklung des Rechtsextremismus in Europa und insbesondere der extremen Rechten im Europäischen Parlament auf. Hier sei Europa leider „mehr auf dem rechten als auf dem linken Weg“. Deutliche Anzeichen hierfür seien beispielsweise die Ergebnisse der Europawahl vom Juni 2009, in der fremdenfeindliche und rechtsextreme Parteien insgesamt an Stimmen zulegen konnten. Der Europaabgeordnete beobachtete zudem, dass fremdenfeindliche und antisemitische Äußerungen in der europäischen Politik in einem Maße zugenommen haben, dass sie auf europäischer Ebene, insbesondere auch im Europäischen Parlament, nicht mehr gerügt und sanktioniert würden, wie es etwa nach der FPÖ-Regierungsbeteiligung in Österreich der Fall war. Heute fordere niemand Sanktionen ein, wenn etwa Polens Kultusminister gegen Homosexuelle hetzt oder die Lega Nord in Italien Flüchtlingsboote versenken will.

Rechtsextremismus – Ein europaweites Phänomen

Schulz wies auf die Problematik hin, dass das Problem des aufkommenden Rechtspopulismus zunächst weitgehend als ein osteuropäisches Problem eingestuft wurde, mit dem man in der Transformationsphase dieser Gesellschaften leben müsse. Es handle sich jedoch stattdessen um ein europaweites Phänomen, das sich in ost- wie westeuropäischen Parlamenten widerspiegelt, so Schulz. So seien der französische Front National (FN) und der belgisch-flämische Vlaams Belang einflussreicher und stabiler als osteuropäische Parteien dieser Art. Das Problem müsse daher auch gesamteuropäisch angegangen werden. Der größte Einfluss auf Europa von rechtsextremer Seite käme aus Westeuropa, namentlich von Le Pen, dem Vorsitzenden des FN, der sogar Alterspräsident des Europäischen Parlaments wurde.

Schulz unterstrich weiterhin seine Sorge, dass neben dem „harten Kern“ des Rechtsextremismus die Verschiebungen des Rechtspopulismus in die bürgerliche Mitte nicht unterschätzt werden dürfen. Als Beispiel nannte er das unmittelbar vor der Konferenz im November 2009 in der Schweiz abgehaltene Votum für ein „Minarett-Verbot“. Hier habe man sehen können, wie sich die bürgerliche Mitte von der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei gegen Minderheiten aufbringen lasse. Blocher heizte den Volksentscheid mit Sprüchen wie „Wir hatten die Türken schon einmal vor Wien, das brauchen wir kein zweites Mal“ an. Zudem seien die Grenzen zwischen Hardcore-Rechtsextremisten und fremdenfeindlichen EU-Kritikern fließend. Fatal sei insbesondere, dass die rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteure, die auf der europäischen Ebene immer euroskeptisch seien, die europäische Demokratie von innen heraus brechen wollen, so Schulz. Zum Glück stünden sich die Rechtsextremen in Europa aufgrund ihrer gegenseitigen Feindseligkeiten bei einer Europäisierung und Fraktionsbildung jedoch selbst im Weg – das habe zuletzt das Auseinanderfallen der EU-Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ gezeigt.

Die Notwendigkeit eines europäischen Bündnisses

Diese Schwäche sei eine Chance, ein „europäisches Bündnis zur Bekämpfung des Rechtsextremismus“ zu bilden, so Schulz. Dies gelte nicht nur für die Politik. Wichtig sei es, auch über seine eigenen und die gemeinsamen Werte nachzudenken, die unsere demokratischen Gesellschaften bestimmen sollen. Ein Schritt in diese Richtung wäre eine öffentliche Debatte über Zivilcourage, in Deutschland ebenso wie in allen europäischen Gesellschaften. Schulz verwies auf seine Erfahrungen als

Bürgermeister in einer Gemeinde in NRW: Damals gelang es, den Republikanern durch das gemeinsame Handeln vieler Akteure Einhalt zu gebieten. Auch Europa müsse klarmachen, dass man sich für Menschenrechte einsetzen und gegen Rassisten stellen werde.



Vortrag, Prof. Dr. Michael Minkenberg

Die radikale Rechte im vereinten Europa – Trends und Variationen in West und Ost

Prof. Dr. Michael Minkenberg, Universität New York, nahm eine wissenschaftliche Einordnung und aktuelle Bedeutung der Radikalen Rechten in Europa vor. Er konstatierte einen wachsenden, „sich vervielfachenden“ Rechtsradikalismus im heutigen Europa und legte daher eine modernisierungstheoretische Definition des Rechtsradikalismus nahe: Dieser basiere auf ultranationalistischen (Homogenitäts-)Vorstellungen und richte sich tendenziell gegen die liberale Demokratie und der ihr zugrunde liegenden Werte. Zum Verständnis des facettenreichen Phänomens sei eine organisationsspezifische und eine auf die Ideologie bezogene Einordnung der Akteure hilfreich: Organisatorisch müsse zwischen „politischen Parteien“, „organisationsförmigen Bewegungen“ und „subkulturellem Milieu“ unterschieden werden; ideologisch zwischen „extremer Rechten“, „xenophober oder ethnozentrischer Rechten“, „populistischer Rechten“ und „religiöser-fundamentalistischer Rechten“.

Rechtradikalismus im Wandel

Minkenberg kritisierte den in Deutschland üblichen „Rechtsextremismus“-Begriff, sofern er sich an den formal-rechtlichen Kategorienapparat des deutschen Verfassungsschutzes anlehnt und damit eine problematische Vereinfachung darstellt. Tatsächlich habe sich das Phänomen in seiner Entwicklung verändert: Während vor den 1960er Jahren eine faschistische und autoritäre Prägung vorherrschte, kam es nach '68 zu einer Erneuerung der Radikalen Rechten. Ideologisch gab es eine Abkehr vom klassischen Rassismus und eine Entwicklung hin zu einer kulturalistisch argumentierenden Fremdenfeindlichkeit – ein aktuelles Schlagwort, „Ethnopluralismus“, entstamme dieser veränderten Agitationsweise, die weiterhin eine Trennung von angeblich unvereinbar verschiedenen Menschengruppen propagiere. Die jüngere Entwicklung verstehe die Radikale Rechte – entsprechend Gramsci – als „Kulturkampf von rechts“. Auch die Formel vom „Dritten Weg“ sei gängig in Abgrenzung zum „Wodka-Cola-Imperialismus“ (gegen die UdSSR und die USA). Heute sei naturgemäß die feindliche Haltung gegenüber der UdSSR und dem Kommunismus kaum mehr relevant, so Minkenberg. Eine aktuellere Entwicklung innerhalb der Radikalen Rechten seien ihre sozialprotektionistischen Forderungen und ein fremdenfeindlicher Populismus, der sich nicht mehr offen demokratiefeindlich geriert. Charakteristisch sei es in diesem Zusammenhang, dass sich nicht nur alte politische Parteien verändert hätten, sondern dass es viele Neugründungen rechtsradikaler Akteure gebe. Es sei einigen Akteuren gelungen, in Abgrenzung von anderen Parteien, ein eigenes Profil zu entwickeln, so etwa dem französischen Front National. Nach Minkenberg ist der Parteiensektor der Radikalen Rechten besonders in religiös homogenen, insbesondere katholischen Gesellschaften stark ausgeprägt. Hier nehme die Prominenz des Themas „Islam“ besonders zu. Hingegen sei das Parteienspektrum der Radikalen Rechten in Gesellschaften schwach, in denen es bereits eine Gewöhnung an Multikulturalität gibt. Minkenberg bemerkte mit Sorge, dass es zu weniger Abgrenzungsbemühungen seitens der Mehrheitsgesellschaft komme, was sich u. a. in Koalitionsbildungen mit der Radikalen Rechten zeige.





Vergleich Osteuropa – Westeuropa

Besonderen Forschungsbedarf sieht Minkenberg in Osteuropa. Hier sei die Radikale Rechte weniger erforscht, auch ihr Verhältnis zu autoritärer Vergangenheit und ihre Bedeutung innerhalb des Transformationsprozesses zur jungen Demokratie sei kaum untersucht worden. Ein Blick auf Wahlergebnisse in Osteuropa zeige, dass es weniger Konstanz gebe als in Westeuropa. Ein wesentlicher Unterschied zum Westen sei, dass in Mittel- und Osteuropa die religiös-fundamentalistische Rechte stärker ausgeprägt sei und die Rolle nationaler Minderheiten im Vordergrund stehe, während das in Westeuropa dominierende Immigrationsthema aufgrund kaum vorhandener Migrationsströme kaum eine Rolle spiele. Die Gewaltbereitschaft sei in Osteuropa nur schwer einzuschätzen, da kaum verlässliche Daten existierten. Insbesondere in Russland weisen verschiedene Anzeichen darauf hin, dass der gewaltbereite Rechtsradikalismus verbreitet sei. Es könne verallgemeinernd gesagt werden, dass die osteuropäische Radikale Rechte stärker an faschistische oder andere autoritäre Modelle der Kriegszeit oder der Zeit davor orientiert sind. Hingegen sei die Radikale Rechte im Westen eher an Zuwanderungsfragen interessiert und Grenzfragen würden immer weniger eine Rolle spielen. Minkenberg bekräftigte die „Europa-Fähigkeit“ und damit politische Gefahr der Radikalen Rechten, schränkte aber die unmittelbaren Aussichten einer Europäischen Radikalen Rechten auch ein: Zum einen seien die bekannten faschistischen Ideen von Europa klar durch Hierarchiebildungen geprägt, die nicht konsensfähig seien. Zum anderen seien zwischen bestimmten Ländern enge Bündnisse nicht vorstellbar (etwa zwischen Rumänien, Bulgarien und Ungarn) – nicht zuletzt aufgrund anhaltender Grenz- und Minderheitendiskussionen. Tendenzen der (neuen) Europäisierung wären aber in der Tat sichtbar: etwa innerhalb der rechtsradikalen Musikszene. Auch das Feindbild „Islam“ und der Antisemitismus spende transnationalen Verbindungen Kraft.

Zeitgemäße Gegenstrategien

Vorbedingung für die Entwicklung von Gegenstrategien sei eine differenzierte Analyse des Phänomens, betonte Minkenberg. Ein wesentlicher Pluspunkt der Radikalen Rechten sei, dass ihr heute eine strategische Anpassung gelänge, etwa indem sie zum Sprachrohr für die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats avanciere. Eine Verlierer-Formel hingegen sei das In-Beziehung-Setzen zum Nationalsozialismus. Dort, wo es Gegnern der Radikalen Rechten gelänge, die Akteure mit dem Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen, würde sie an Akzeptanz einbüßen.

Europas Regionen im Blick: Problemanalyse und Diskussion

Drei nachfolgende Expert/innenforen der Konferenz richteten Ihren Fokus auf Rechtsextremismus in West-, Mittelost- und dem südlichen Europa. Hier waren jeweils drei Impulsgeber/innen eingeladen, zunächst eine Bestandsaufnahme der Erscheinungsformen und Strategien der extremen Rechten in den ausgewählten Ländern vorzunehmen, bevor ein regionaler Austausch der Diskussion und Analyse eventueller Gemeinsamkeiten/Unterschiede und politischen Handlungsbedarfs galt.

WESTEUROPA

Länderexpert/innen

- **Niederlande:** *Suzette Bronkhorst*
Generalsekretärin des International Network Against Cyber Hate (INACH), Amsterdam
- **Frankreich:** *Prof. Dr. Jean-Yves Camus*
Institut für internationale und strategische Beziehungen (IRIS), Paris
- **Großbritannien:** *Prof. Dr. Christopher Husbands*
London School of Economics

Moderation: *Mike Whine*

Direktor für Regierungsangelegenheiten und Internationales, Community Security Trust, London

Länderanalyse Niederlande: „Wilders' fatale Auswirkung auf politische Kultur“

Suzette Bronkhorst erklärte, dass Rassismus in den Niederlanden nach dem Zweiten Weltkrieg verpönt gewesen und Antirassismus zur Norm geworden war. Erst in den späten 1980er Jahren entwickelte sich der Rechtsextremismus und sei seitdem stetig gewachsen. Es hätte viele kleine rechtsextreme Gruppierungen gegeben, von denen nur die Centropartei und ihre Nachfolgerparteien (CD, CP) Interesse gehabt hätten, an Wahlen teilzunehmen. Die extreme Rechte war zu dieser Zeit „eine kleine inzestuöse Gruppe von etwa 500 Hardcore-Anhängern“, so Bronkhorst.

Neue Phase „Radikalisierung und Islamfeindlichkeit“:

Die Niederlande haben jedoch bis heute einen Zuwachs der Neo-Nazi-Szene erlebt, der vor allem junge Leute angehören. Heute kann man von einer – immer noch in Relation zur niederländischen Bevölkerung kleinen – etwa 1.000 Unterstützer/innen und 10.000 Sympathisant/innen umfassenden Gruppe ausgehen. Breiteren Einfluss habe jedoch der Rechtspopulismus: Seit 2001 nehme Islamophobie in den Niederlanden zu. Der rechtspopulistische Politiker Pim Fortuyn stellte die Themen Anti-Immigration und Anti-Muslime in das Zentrum seiner politischen Agenda. Fortuyn verkörperte einen neuen Rechtspopulismus, der einen großen Zuspruch in der niederländischen Bevölkerung fand, betonte Bronkhorst. Nach seiner Ermordung durch einen Tierschutzaktivisten erlangte seine Partei 26 Sitze im Parlament, zerbrach aber schon bald an internen Konflikten. Fortuyns Themen hätten aber nachhaltigen Eingang in die niederländische Gesellschaft gefunden, einer Gesellschaft, die sich einst auf ihre Weltoffenheit und Anti-Diskriminierungsperspektive berief. Heute seien Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kein Tabu mehr. Diskriminierende Statements würden kaum jemanden mehr aufregen.

„Erfolgsmodell Wilders“: Aktuell gibt es keine rechtspopulistischen Abgeordneten im niederländischen Parlament. Geert Wilders und seine „Partei für die Freiheit“ werden aber bald mit großem Rückenwind einziehen, so Bronkhorst. Das neue Gesicht des Rechtspopulismus in den Niederlanden heiße Wilders. Er ist stark anti-muslimisch und gegen Immigration. Seine aggressiven Statements gelten vor allem Muslimen. Er bezeichnet den Koran als faschistisches Buch, das verboten werden müsse. Er fordert eine Kopftuch-Steuer und verlangt „Muslime sollten die Straßen mit ihren Zahnbürsten putzen“. Seine Hasstiraden auf Muslime haben ihm eine Anklage wegen

Anstachelung zu Hass und Diskriminierung eingebracht, die im Januar 2010 vor Gericht verhandelt wurde. Nach aktuellen Umfragen würde die *Partei für die Freiheit* auf Anhieb mit 28–30 Sitze ins Parlament kommen und damit die größte Fraktion im niederländischen Parlament stellen. Bronkhorst betonte, dass Wilders Popularität täglich wachse und der Rechtspopulist seine Partei strategisch geschickt aufgebaut habe: So hat die Partei weder Mitglieder noch Parteistruktur. Seine vermutete Unterstützung für Israel führt dazu, dass Skinheads von der Partei ferngehalten werden. Für seine vielmehr einer Stiftung ähnelnden Partei habe Wilders neun Parlamentarier ausgewählt und die Verwaltung selbst übernommen. Gegenüber Kritik von außen schotte er sich regelrecht ab, ließe beispielsweise Medien gar nicht erst an Parteisitzungen teilhaben. Dabei wären es gerade die Medien, die zur Größe des Rechtspopulismus beitragen.

Die Verantwortung der Medien: Gert Wilders stehe im ständigen Rampenlicht der Medien und entziehe sich diesem zugleich – um sich nur noch interessanter zu machen. So reiste er beispielsweise in Begleitung vieler Journalisten nach Heathrow – wohl wissend, dass ihm England die Einreise verbieten würde. Schwierig im strategischen Umgang mit Wilders sei ebenfalls, dass er jeden, der mit ihm debattieren wolle und ihn kritisiere, als geistig krank abtue oder ihm unterstelle, zur „linken Kirche“ zu gehören. Zum Repertoire Wilders gehört auch die Anschuldigung, ihm sein Recht auf Meinungsfreiheit streitig machen zu wollen – womit er wieder (potenzielle) Kritiker/innen zum Schweigen bringe. Wilders, so Bronkhorst, hätte mit seiner Hetze gegen Muslime und gegen den Schutz vor Diskriminierung maßgeblich dazu beigetragen, dass das gesellschaftspolitische Klima in den Niederlanden immer feindseliger werde. Sein populistischer Einfluss und seine Thesen – wie die Behauptung, die Niederlande würden islamisiert – seien keineswegs rational fassbar, aber viele Niederländer würden sich emotional angesprochen fühlen, sagte Bronkhorst. Eine akute Gefahr sei, dass sich die niederländischen Parteien – entsprechend dem dänischen Beispiel – an die politischen Vorgaben Wilders in Sachen Immigrationspolitik anpassten oder Wilders gar von „rechts“ überholen wollten. Politische Parteien wüssten nicht, wie mit Wilders umzugehen: ignorieren oder debattieren, Blockbildung der Gegenkräfte oder komplette Isolation. Bronkhorst ist der Ansicht, dass Wilders in die Pflicht genommen werden und regieren sollte. Mehr Schaden als in der aktuellen Situation als Opposition könne Wilders nicht anrichten, meinte Bronkhorst, als Verantwortliche könnten Wilders und seine Partei „entzaubert werden“.

Länderanalyse Frankreich: „Das Wiedererstarken einer schwachen Front“

Eingangs unterstrich Prof. Dr. Jean-Yves Camus, dass der Front Nationale (FN) 2002 auf dem Höhepunkt seines Erfolgs gewesen ist. Damals gelangte Le Pen im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl mit 16,86 % der Stimmen auf Platz zwei (nach Chirac). Im Jahr 2007 erlitt der FN mit 10,44 % einen deutlichen Stimmenverlust bei den nationalen Wahlen. Heute würde die Partei nur noch auf 8 bis 9 % kommen. Selbst als er noch erfolgreicher war, sei es dem FN nicht gelungen, sich aus der politischen Isolation zu befreien. Zwischen 1983 und 2009 seien stets mehr als 80 % der Bevölkerung der Ansicht gewesen, dem FN könne man nicht trauen und er solle nicht in der Regierung sein, sagte Camus.

Abwärtstrend des Front National (FN): Der Abwärtstrend des FN seit 2007 sei zum einen der populistischen Kampagne Sarkozys zuzuschreiben. Sarkozy „stehle“ dem alternden, weniger charismatischen Le Pen die Themen: Immigration, Skepsis gegenüber einer multikulturellen Gesellschaft, Recht und Ordnung. Etwa 70 % derjenigen, die 2002 Le Pen gewählt hatten, wählten 2007 im zweiten Wahlgang Sarkozy. Die Wählerbewegung habe vor allem in der Mittelklasse stattgefunden, so Camus. Hingegen konnte der FN die Unterstützung aus dem Arbeitermilieu und von Arbeitslosen halten, insbesondere in Gegenden, die besonders stark unter der industriellen Krise leiden (Nord- und Ost-Frankreich). Bei den kommenden Wahlen könnte der FN die 10 % überschreiten, jedoch werde die Partei nicht zu alter Größe zurückfinden, meinte Camus. Zum anderen seien Stimmenverluste auch auf Kürzungen der öffentlichen Finanzierung der Partei zurückzuführen, betonte Camus. Der FN war aufgrund finanzieller Verluste gezwungen, seinen Hauptsitz zu verkaufen und einen Teil seiner Mitarbeiter/innen zu entlassen. Weiter wirke sich die ständige Diskussion über Le Pens Nachfolger/in nachteilig aus. In der Tat sei zu fragen, ob die Partei den Rückzug Le Pens überleben werde, sagte Camus. Viele kleinere Organisationen versuchten bereits, ihren neuen Platz zwischen Ultra-Konservativen und extremer Rechten neu auszuloten und hofften damit, Hardliner des FN für sich zu gewinnen. Andere glaubten, dass es nach Le Pen einen „Dritten Weg“ geben wird, der antiestablishment-, rassistische, antikapitalistische- und antiglobalisierungs-Haltungen integriert (z.B. *Terre et Peuple*). Das schlechte Abschneiden bei Umfragen gemeinsam mit Le Pens Abtritt wird ohne Zweifel die französische extreme Rechte verändern, meinte Camus. Einige Beobachter/innen

befürchteten, dass eine Spaltung oder ein weiterer Niedergang des FN den Aufstieg einer gewaltbereiten extremen Rechten mit einem ähnlichen Muster wie das der Autonomen Nationalisten begünstigen könnte.

Rechtsextreme Subkultur und Gewalt: Charakteristisch für die Rechtsextreme in Frankreich sei eine schwache Skinhead- und Neo-Nazi-Bewegung (mit Ausnahme der erstarkenden Szene in Nord-Frankreich). Autonome Nationalisten seien fast unbekannt. Hingegen gebe es einen intellektuellen Einfluss der Monarchisten und fundamentalistischer Katholiken. Die Neue Rechte (Alain de Benoist) ist nicht auf der Seite des FN und kein wichtiger Akteur. Einfluss auf soziale Bewegungen, ähnlich wie Gewerkschaften oder Verbände, habe die extreme Rechte kaum. Allerdings sind extremistische Publikationen an vielen Kiosken erhältlich. Die extreme Rechte bilde eine Art Gegen-Gesellschaft mit ihren eigenen Codes und Traditionen. Allerdings hätten die Wähler/innen des FN zu dieser Welt selten einen tatsächlichen Bezug. Rassistische und antisemitische Übergriffe haben 2008/9 in Frankreich nach einem Rückgang seit 2006 wieder zugenommen. Dennoch könne nicht gesagt werden, dass die französische Gesellschaft insgesamt intoleranter geworden sei. Das Gegenteil sei der Fall, unterstrich Camus. Zu den besonders von Feindseligkeiten betroffenen Gruppen gehörten insbesondere Muslime und Juden. Zudem nehmen Übergriffe auf Juden von Einwanderern mit nordafrikanischem Hintergrund zu. Vorurteile gegen Minderheiten korrelierten stark mit der Wahl rechtsextremer Parteien. Zu den typischen Eigenschaften der Wähler/innen des FN gehörten: männlich, niedriger Bildungsstand, Arbeiterklasse, geringes Einkommen. Le Pen-Wähler sind vor allem nicht praktizierende Katholiken und im Elsass auch Protestanten.

Internationale Netzwerke: Der FN war treibende Kraft für die Entwicklung ähnlicher Parteien in West-Europa und emanzipierte sich zur Führungskraft der extremen Rechten in Europa. Le Pen hat mehrfach versucht, ein transnationales Netzwerk zu etablieren, sowohl im Europäischen Parlament als auch außerhalb. Die letzte dieser parlamentarischen Gruppierungen war Identität, Tradition, Souveränität (ITS) im Europäischen Parlament, die jedoch kein Jahr lang existierte. Aber im Gegensatz zum italienischen MSI (Movimento Sociale Italiano), der vor dem FN die Führungsrolle in Europa inne hatte, seien die Ambitionen des FN weniger, ein transnationales Netzwerk auf ideologischer Basis zu gründen. Vielmehr seien sie ein verzweifelter und narzisstischer Versuch Le Pens, sich „zu Hause“ Seriosität zu verschaffen (etwa durch



Treffen mit Politiker/innen von Parteien, die in Österreich oder Rumänien an der Regierung beteiligt waren). Auf der anderen Seite bringe die Arbeit im Europäischen Parlament auch Geld und Mittel und nütze so der Partei.

Länderanalyse Großbritannien: „Keine Ausnahme (mehr)“

Dr. Christopher Husbands betonte eingangs, dass bis vor kurzem die Lage der extremen Rechten in Großbritannien stets als „British exceptionalism“ analysiert worden sei: Großbritannien sei, im Gegensatz zu anderen Ländern in Europa, recht unempfindlich gegen die Politiken der extremen Rechten, hatte es geheißen. Eine nachhaltige Unterstützung und gesellschaftliche Verankerung würde nicht gelingen. Husbands sagte, dass die britische Situation in der Tat nicht die gleiche wie in Frankreich oder Belgien sei. Aber aufgrund der Erfolge der British National Party (BNP) (in einigen Gegenden) seit 2000/01 müsse die These von einer britischen Ausnahmeerscheinung vielleicht aufgegeben oder modifiziert werden.

Aufstieg der British National Party (BNP): Die BNP wurde bereits 1982 gegründet, doch erst mit der Wahl 1999 von Nick Griffin zum Vorsitzenden, konnte sie einen gewissen Grad an politischer Glaubwürdigkeit und Unterstützung erlangen. Die Wählerschaft der BNP ist überproportional männlich, meist weiße Arbeiterklasse oder Kleinbürgertum, und konzentriert sich auf bestimmte Orte (z.B. Lancashire, Yorkshire, Birmingham, outer East London), so Husbands. Die 57 Gemeinde/Stadträte auf lokaler Ebene (alle in England), welche die BNP Ende 2009 stellt, sind eine Errungenschaft, die in Großbritannien zuvor keiner rechtsextremen Partei gelang. Auf die 22.000 Sitze landesweit bezogen, ist das jedoch nur ein sehr geringer Anteil. Weiter hat die BNP drei Stadträte auf der Landkreisebene. Bis 2008 erzielte die Partei nur in

lokalen Wahlen Erfolge. Erst im Mai 2008 gelang ihr mit 9,8 % die Wahl eines Abgeordneten ins Londoner Assembly. Im Juni 2009 zog die BNP zudem mit zwei Abgeordneten (8,0 % und 9,8 % der Stimmen in ihrem jeweiligen Wahlkreis) ins Europäische Parlament. Die Wahlanalyse zeige, so Husbands, dass die Partei über ihre Hochburgen hinaus eine breite Zustimmung erzielte. Die nationale Unterstützung lag bei 6,0 %. Die aktuelle Ausweitung zeige, dass die soziale und geografische Festlegung des BNP überwunden wurde. Jedoch müsse das Wahlergebnis auch im Kontext des Rückgangs der Popularität der Labour Party und einer Ernüchterung gegenüber den großen Parteien in Großbritannien gesehen werden. In einer Zeit ohne besondere Begünstigungsfaktoren für die BNP schätzte Husbands die BNP-Unterstützer/innen auf etwa 4 %. Die besondere Gefahr für demokratische Politik sei dabei, dass ein Teil der Wählerschaft ihre Unterstützung für die extreme Rechte als eine normale, aber unkonventionelle Demonstration ihrer Ablehnung des politischen Systems betrachte. Auch das Europäische Parlament folge diesem Trend, BNP-Ansichten zu akzeptieren bzw. ihnen nicht aktiv entgegenzutreten: Es habe zugelassen, dass Nick Griffin Mitglied der europäischen Delegation zum Klimagipfel in Kopenhagen wurde, wunderte sich Husbands.

BNP und die Medien: Mit dem jüngsten Erfolg der BNP ist Unordnung in den bisher selbstverständlich isolierenden Umgang der Medien gegenüber der Partei gekommen. So hatte beispielweise die BBC Nick Griffin, Vorsitzender der BNP, zu einer wichtigen Diskussionsrunde im Fernsehen eingeladen. Griffin musste sich hier einige schwierigen Fragen von anderen Panelmitgliedern gefallen lassen. Während in der Diskussion um dieses Vorgehen noch der Vorwurf laut wurde, mit der Einladung zur Sendung die BNP zu unterstützen, zeige u. a. die Tatsache, dass die Sendung nicht gleich auf der BNP-Web-

seite besprochen wurde, dass die Parteiführung der Meinung war, dass sie für das Image der Partei nicht unbedingt positiv war, so Husbands.

Gegenstrategien: Für den Umgang mit Rechtsextremismus sei es wichtig, verschiedene Kategorien der Unterstützung zu unterscheiden. Es müsse, so Husbands, zwischen Aktivisten, passiven Unterstützern und Sympathisanten differenziert werden. Gegenwärtig zielten Gegenstrategien zumeist auf die Kerngruppe der extremen Rechten und richteten sich kaum an den viel größeren Anteil der passiven Unterstützer und Sympathisanten. Staatliches Engagement würde vornehmlich auf Gesetzgebung zu einschlägigen Verbrechen beruhen. Beispielsweise gäbe es Rechtsvorschriften gegen Anstiftung zu rassistischem Hass. Allerdings komme es kaum zu Verurteilungen aufgrund dieser Straftat. Es gäbe jedoch kaum Vorgehensweisen zur Überwachung rechtsextremer Gruppierungen und kein proaktives Handeln – anders als gegenüber (potenziellen) Islamisten. Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen, auch der BNP, ist bestimmten Berufsgruppen (Polizisten, Vollzugsbeamten) verboten. Auch Gewerkschaften konnten gelegentlich erfolgreich BNP-Aktivisten aus ihren Reihen verbannen – indem sie deutlich machten, dass deren Ansichten ihren Zielen und Politiken widersprächen. Obgleich schwer zu überprüfen, inwiefern die Aktivitäten antifaschistischer oder antirassistischer Initiativen dem BNP halfen oder schaden, verwies Husbands darauf, dass diese zu deren Eindämmung beigetragen haben könnten. Der Ansatz, die BNP auszugrenzen, könne dann nicht mehr problemlos funktionieren, wenn BNP-Stadträte in lokalen Behörden säßen. Es gehöre zu den Spielregeln der Demokratie, dass ihnen Zugang zu den Einrichtungen gewährt wird, die gewählten Amtspersonen üblicherweise zustehen, um ihre Aufgabe als Stadt- oder Gemeinderäte zu erledigen.

SÜDLICHES EUROPA

Teilnehmer/innen der Problemanalyse und Diskussion

- **Italien:** Prof. Dr. Roberto Chiarini
Universität Mailand
 - **Schweiz:** Prof. Dr. Damir Skenderovic
Universität Fribourg
 - **Spanien:** Frauke Büttner
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Berlin
- Moderation:** Dr. Brigitte Brück
Geschäftsführerin
„Arbeit und Leben (DGB/VHS) e.V.“, Bremen

Länderanalyse Italien: „Nicht nur im Norden ein Problem“

Für Italien erläuterte Prof. Dr. Roberto Chiarini eingangs, dass sich die politisch Rechte nach dem Zweiten Weltkrieg direkt an den Faschismus anschloss und erst in den 1990er Jahren davon distanzierte. Heute würden sich Italiens Parteien selbst kaum mehr als in diesem Sinne „rechts“ einstufen. Die Bipolarität des Parteienspektrums nach 1993 sei mit der Einführung des Mehrheitswahlrechts in Italien erschüttert worden, die ideologische Kluft zwischen allen Parteien verringere sich somit zunehmend.

Die extreme Rechte Italiens modernisiere sich in den vergangenen Jahren nach dem Vorbild Le Pens aus Frankreich. Diese „neue Rechte“ entwickle eine neue Agenda: Statt herkömmliche Themen der Rechten wie Protest gegen Einwanderung oder Kritik am Regierungssystem zu verfolgen, unterstützte sie vielmehr eine Reform der Verfassung gemeinsam mit der Linken. Sie unterstützte sogar, dass Einwanderern nach fünf Jahren die italienische Staatsbürgerschaft angetragen werden soll.

Legia Nord: Bezüglich der Lega Nord betonte Chiarini die Eigensinnigkeit der Partei innerhalb der rechtsextremen Szene Europas. Die Stoßrichtung der Partei, die sich für die Unabhängigkeit Padaniens einsetze, hat sich seit ihrer Gründung gewandelt. Sie ist die älteste aktive Partei Italiens und agierte zunächst gegen die Monopolstellung Roms. Erst später grenzte sie sich maßgeblich gegen den Süden Italiens ab. Die Partei habe die Geschichte Padaniens und seiner Bevölkerung im Norden Italiens erfunden, so Chiarini. Heute protestiert die Partei zudem gegen Einwanderung und ist offen xenophob. Weiter hat die Lega Nord einen starken Fokus auf Fragen der inneren Sicherheit. Sie sei eine territoriale Partei, die sich aus katholischer Subkultur speise, und in der Regierung Berlusconi in den Jahren 2001–2006 ein wesentlicher Stabilitätsfaktor. Seit 2008 ist sie als drittgrößte Partei Italiens (mit etwa 8 %) an der Regierungskoalition unter Berlusconi beteiligt. Bei den Europawahlen im Juni 2009 erreichte die Lega Nord 10,2 %. Seit den 1980er Jahren verfügt sie über recht intensive Kontakte zu Le Pen. Zu deutschen oder österreichischen Neo-Nazis gibt es allerdings keine engen Beziehungen und punktuelle Verabredungen seien nicht stabil, meinte Chiarini.

Die Politik der „Unpolitischen“: Eine „innovative“ Entwicklung in der Politik Italiens sei die neue Partei Berlusconis, die 2009 gegründete *Popolo della Libertà*. Sie integriere verschiedene rechts-konservative und rechtsradikale Parteien, u. a. die Azione Sociale der treuen Mussolini-Enkelin Alessandra Mussolini.



Länderanalyse Schweiz: „Wegbereiter des Rechtspopulismus in Europa“

Prof. Dr. Damir Skenderovic unterscheidet zwei Phasen der Radikalen Rechten in der Nachkriegsgeschichte der Schweiz. In der ersten Phase, den 1960er bis 1980er Jahren, gab es bereits, wenn auch strukturell und elektoral relativ schwache rechtspopulistische Parteien. Durch punktuelle Mobilisierungen bei Volksabstimmungen verfügten sie über einen gewissen Einfluss. Die rechtsextreme Subkultur ihrerseits agierte noch vornehmlich im Untergrund. Anfangs der 1990er Jahren begann die zweite Phase, in welcher der Rechtspopulismus in der Politik stark an Bedeutung gewann, während sich die extreme Rechte organisatorisch konsolidierte, nachdem die rechtsextreme Gewalt seit Ende der 1980er Jahre zugenommen hatte.

„Winning Formula“ der SVP: Die Schweizerische Volkspartei (SVP), eine seit den 1910er Jahren bestehende rechtskonservative Partei, vollzog ab 1991/92 einen strukturellen und programmatischen Wandel und nahm Züge einer rechtspopulistischen Partei an. Christoph Blocher, von 1977 bis 2003 Präsident der SVP des Kantons Zürich und von 2003 bis 2007 Bundesrat, formte die Partei zu einer äußerst erfolgreichen politischen Kraft. Während sich die Wahlerfolge der „neuen“ SVP vorerst auf die deutschsprachige Schweiz beschränkten, fand die Partei allmählich auch Unterstützung in der französischsprachigen Schweiz. Auf Bundesebene ist sie aktuell die wählerstärkste Partei und bildet die größte Fraktion in der Bundesversammlung. Nach einjähriger Unterbrechung ist die SVP seit 2009 wieder in der Landesregierung vertreten. Wie bei anderen rechtspopulistischen Parteien besteht die „winning formula“ der SVP in der Verbindung einer nationalistischen und identitätspolitischen Agenda in der Migrations- und Europapolitik mit neoliberalen Positionen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Damit spricht sie, so Skenderovic, einerseits benachteiligte Wähler-

kerkreise, andererseits eine besser gestellte Wählerschaft an. Maßgeblich für den Erfolg der SVP seien u.a. folgende Faktoren:

- Im ausgeprägt föderalistischen System der Schweiz sei es der SVP gelungen, als national organisierte Partei aufzutreten und mit ihren flächendeckenden Kampagnen die politischen Debatten in der Schweiz zu „nationalisieren“.
- Dank der Konkordanzdemokratie, die sich am Konsens orientiert und verschiedene Akteure in den Prozess der Entscheidungsfindung einbezieht, könne die SVP als Oppositionspartei agieren, ohne bei den anderen Parteien ihren Status als Regierungspartei zu verlieren.
- Es sei ihr gelungen, die Wählerschaft und zum Teil die Führungsriege der traditionellen rechtspopulistischen Splitterparteien zu absorbieren und damit eine weitgehende Einheit am rechten Rand des parteipolitischen Spektrums zu erreichen.

Die Erfolge fremdenfeindlicher Kampagnen hängen laut Skenderovic auch damit zusammen, dass in der Vergangenheit die Entwicklung der Schweiz zu einer Migrationsgesellschaft von den politischen Parteien kaum diskutiert wurde, obwohl seit den 1950er Jahren die Arbeitsmigration gefördert und als wünschenswert erachtet wurde. Auch von Seiten der Gewerkschaften oder der Linken wurden diese Themen nicht angegangen, da „man vor dem eigenen Fußvolk Angst hatte“, so Skenderovic. Letztlich sei die Politik nicht für eine multikulturelle Gesellschaft eingestanden, die in der Schweiz wie in anderen westeuropäischen Ländern im Laufe der Nachkriegszeit entstanden ist.

„Minarett-Verbot“: Skenderovic unterstrich die europaweite Bedeutung des Schweizer Volksentscheids gegen den Bau von Minaretten Ende November 2009, denn die Forderung findet in verschiedenen Ländern Nachahmer aus dem rechtspopulistischen Lager. Die Volksinitiative, die von den anderen großen Parteien abgelehnt worden

war, hat sich nicht zuletzt dank der aktiven Unterstützung durch weite Teile der SVP durchgesetzt. Es sei zu erwarten, dass die Rechtspopulisten diese Situation nutzen, um die Schweiz weiter in ihrem Sinne zu politisieren und den migrationspolitischen Druck auf die Mitte-Rechts-Parteien zu erhöhen.

Neben der Manifestation des Rechtsextremismus durch öffentliche Auftritte und Gewalttaten seien auch rechtsextreme Einstellungen unter Jugendlichen verbreitet, betont Skenderovic. So würde eine aktuelle Studie zeigen, dass jeder zehnte Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren mit Rechtsextremen sympathisiert. Zudem sei einer von zehn Jugendlichen bereits Opfer rechtsextremer Gewalt gewesen. Insgesamt sei allerdings die Datenlage in der Schweiz schwach, da Rechtsextremismus nicht als langfristiges Problem angesehen werde und es nur punktuell zu öffentlichen Debatten komme. Für zukunftsorientierte Strategien seien empirische Daten wie auch umfassende Forschungen und Analysen des Phänomens unverzichtbar. Dafür müsse laut Skenderovic ein verstärktes Engagement von der Politik und besonders von zivilgesellschaftlichen Kreisen kommen.

Länderanalyse Spanien: „Parteien unbedeutend, Einstellungen trauriger Spitzenreiter“

Frauke Büttner verdeutlichte eingangs die gewaltsame Dimension des Rechtsextremismus in Spanien, indem sie begangene „Hate crime“ schilderte. NGOs zählten seit 1991 über 80 Todesopfer rechtsextremer Gewalt, Übergriffe gäbe es etwa 4.000 im Jahr. Verbreitet sei zudem Rechtsextremismus im Internet (über 200 Internetseiten) und rechtsextreme Musik (über 60 Bands). Es gebe etwa 70 rechtsextreme Gruppierungen, darunter 20 politische Parteien. Ihre Mitgliederzahl werde auf zwischen 10.000 und 15.000 geschätzt. Rechtsextreme Parteien hätten aber keine parlamentarische Bedeutung, so Büttner. Bei den nationalen und europäischen Wahlen waren sie bislang erfolglos. Allerdings gelang es bei den Kommunalwahlen im Mai 2007, rund 50 Abgeordnete in die Gemeinden zu entsenden.

Akteure: Es könne im rechtsextremen Spektrum grob zwischen „alter“ und „neuer“ Rechten unterschieden werden, wobei letztere nicht im Sinne der intellektuellen „Neuen Rechten“ zu verstehen sei. Die alte Rechte, unter die mehrere Kleinstparteien zu rechnen seien, sei in erster Linie nostalgisch. Unter diesen Parteien konnte nach dem Tod Francos lediglich „Fuerza Nueva“ 1979 einigen Erfolg verbuchen. Doch verlor die Partei drei Jahre später

einen Großteil ihrer Stimmen an die rechtskonservative „Partido Popular“ (PP), die auch heute noch rechtsextreme Stimmen an sich bände. Die „neue Rechte“, bilde sich seit Mitte der 1990er Jahre und speise sich programmatisch vor allem aus aggressiver Hetze gegen Einwanderer. Die ultrarechten Parteien wie MSR oder „Frente Nacional“ integrierten zum Teil radikalste neonazistische und „freie“ Kräfte, so etwa „Combat España“. Das „freie“ Spektrum offeriere ein breites Angebot jugendkultureller Erlebniswelten, u. a. in Form von Konzerten und Demonstrationen. Für die „alte Rechte“ sei das Hochhalten traditioneller Werte wie „Familie“ essenziell und werde verbunden mit Kampagnen gegen Abtreibung und Homosexualität. Im franquistischen und religiös-konservativen Spektrum stehe die Verteidigung der christlichen Religion häufig im Mittelpunkt, so Büttner. Die Glorifizierung des Franco-Regimes werde beispielsweise bei Gedenkfeiern und -messen deutlich, beispielsweise um den Todestag des Diktators Franco und des Falange-Gründers Primo de Rivera. Seit Inkrafttreten des „Gesetzes zur historischen Erinnerung“ Anfang 2008 sei es allerdings verboten, faschistische Symbole auf dem Gelände oder innerhalb der Basilika zu zeigen.

„Spitzenreiter“ bei Einstellungen: Zielgruppe der rechtsextremen Gruppierungen seien u. a. das konservativ-bürgerliche Spektrum, Altfranquisten und Arbeiter/innen, die „neue Rechte“ werbe gezielt um Jugendliche. Auffallend sei auch, dass von den Organisationen der „neuen Rechten“ vermehrt Demonstrationen in Arbeitervierteln mit hohem Migrantenanteil durchgeführt werden, sagte Büttner. Deren Ziel sei die Mobilisierung neuer Anhängerschaft auf der einen und die Einschüchterung der Anwohner mit Migrationshintergrund auf der anderen Seite. Zu beobachten sei zudem eine starke Instrumentalisierung der Wirtschaftskrise mit dem Ziel, „Lösungen“ in Form einer rassistischen Ausgrenzung von Einwanderern vor allem aus nichteuropäischen Ländern zu propagieren. Demgegenüber stehe die Forderung nach Bevorzugung der spanischen Bevölkerung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und im Sozial- und Gesundheitswesen. Alarmierend seien die Ergebnisse von Einstellungsuntersuchungen. So steige die Ablehnung gegenüber Einwanderern und beispielweise Moscheebauten. Besonders eine aktuelle Schüler/innen-Umfrage sei alarmierend: Hier hatten 2/3 der Schüler eine Zusammenarbeit mit Marokkaner/innen und Roma abgelehnt und 50 % wollten nicht mit Jüdinnen und Juden das Pult teilen. Damit sei Spanien trauriger „Spitzenreiter“ im internationalen Vergleich, wenn es um antisemitische und islamophobe Einstellungen gehe, resümierte Büttner.

Abschließend unterstrich Büttner die Gefahrenlage für Spanien: Die „neuen Rechten“ könnten eine gefährliche Dynamik vor allem auf der Straße entfalten, zudem seien fremdenfeindliche, antisemitische und islamopobe Einstellungen weit verbreitet und könnten zu vermehrten Spannungen und Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen führen. Büttner forderte den Ausbau staatlicher und zivilgesellschaftlicher Präventivmaßnahmen und Gegenaktivitäten in Spanien.

MITTELOSTEUROPA

Teilnehmer/innen der Problemanalyse und Diskussion

- **Bulgarien:** *Kristian Vigenin, MdEP*
Mitglied des europäischen Parlaments
 - **Polen:** *Dr. Rafal Pankowski*
Never Again Association, Warschau
 - **Ungarn:** *Prof. Dr. Pal Tamas*
Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften, Budapest
- Moderation:** *Prof. Dr. Nikolai Genov*
Freie Universität Berlin

Länderanalyse Bulgarien: „Demokratische Politik muss Ataka entgegenreten“

Kristian Vigenin, MdEP, betonte, dass der Aufstieg der rechtsradikalen Ataka für viele in Bulgarien überraschend war. Die politische Agenda der Partei werde bestimmt durch ein Gemisch aus ultra-nationalistischen Haltungen mit einer sozialen Dimension. Verwunderlich am Erfolg der Partei sei, dass sie sich spontan zu etablieren schien und ohne Zurückhaltung Minderheiten und politische Gegner attackierte. Das sei neu – denn ethnische Türken

und Bulgaren lebten bis dahin spannungslos nebeneinander und es gab keine politische Bewegung, die sich aus Hass gegenüber bestimmten ethnischen Minderheiten speiste.

Zunahme der Aggressivität: Die aggressive Sprache, die Ataka insbesondere gegen Roma, Homosexuelle und Politiker/innen in Bulgarien einführte, war – und bleibt – in ihrer Brutalität schockierend, so Vigenin. Beispiele für ihre Slogans seien: „Roma sind Kriminelle“, „Homosexuelle sind krank“, „Politiker sind grunzende Schweine“. Die bulgarische Bevölkerung ist inzwischen an diesen Sprachgebrauch gewöhnt. Die wichtigsten Feindgruppen der Rechtsradikalen seien Roma, ethnische Türken und Homosexuelle. Bezüglich der Zuschreibungen der Kriminalität als Problem der Roma bemerkte Vigenin, dass es natürlich Kriminalität gebe, die von Mitgliedern der Roma-Bevölkerung ausgehe. Insbesondere die oft von Roma ausgeübte Kleinkriminalität im ländlichen Raum trage zu verstärkten Feindseligkeiten bei. Anders als die Kriminalität in großem Maßstab (etwa Korruption) werde sie vor Ort wahrgenommen. Vigenin betonte, dass dieses jedoch auf die schlechte soziale Lage dieser Bevölkerungsgruppe hinweise und politisch beantwortet werden müsse. Ataka verfügt aktuell über zwei Sitze (von 17 für Bulgarien) im Europäischen Parlament. Im nationalen Parlament spielt Ataka eine bedeutende Rolle: Die Partei ist zwar nicht in der Regierung, aber unterstützt sie vollkommen. Diese Position mache die Partei nicht nur bezüglich aktueller Regierungsgeschäfte einflussreich, sondern ermögliche ihr auch, in der Öffentlichkeit sichtbar und bestimmt aufzutreten. Nur die sozialdemokratische Partei sehe ein Problem in der Etablierung und Kooperation mit rechtsradikalen Parteien in Bulgarien. Auch im Europäischen Parlament diskutiere die Sozialdemokratische Fraktion aktuell, wie mit diesen Parteien umzugehen sei: Isolierung, Auseinandersetzung, Koalitionsbildung, Tolerierung?



Bedeutung der Medien: Vigenin unterstrich, dass ein wesentlicher Teil der Attraktivität und Erfolge von Ataka durch die Medien, insbesondere das Fernsehen, erzeugt werden. Gerade das Kabel-Fernsehen berichte ausführlich über Ataka. Damit sei die Verbreitung der aggressiven und menschenfeindlichen Sprache und Ideen überhaupt erst möglich. Regionale Studien konnten diesen Zusammenhang untermauern: Während ein Dorf, in dem die Fernsehberichte besonders ausführlich wahrgenommen wurden, zwischen 15 und 20 % Zustimmung zur rechtsradikalen Ataka verzeichnete, waren es in einer vergleichbaren Gemeinde ohne Zugang zu entsprechender Berichterstattung nur ein bis zwei Stimmen.

Entsprechende Gegenstrategien müssten regionale Unterschiede, aber auch die jeweilige landesspezifische Situation berücksichtigen. Der Aufstieg der Radikalen Rechten in Bulgarien sei im Zusammenhang mit individuellen Enttäuschungen, die mit den zum Teil unerfüllten Hoffnungen vieler Bulgaren bezüglich des politischen Wandels verbunden sind, zu sehen. Aber auch die sozialen und ökonomischen Entwicklungen Bulgariens sind ausschlaggebend für den Aufstieg Atakas. Ebenfalls ist die Popularität des Vorsitzenden ein Grund für den Erfolg der Partei. Ein wesentliches Problem in der Bekämpfung des Rechtsradikalismus liege darin, dass die traditionellen Parteien kaum Konzepte für den Umgang mit Ataka hätten.

Länderanalyse Polen: „Trotz Aufatmen keine Entwarnung“

Zu Beginn seiner Analyse verwies **Dr. Rafal Pankowski** darauf, dass Polen in der Geschichte als Opfer des Faschismus gilt. Das Geschichtsbild des Opferseins sei – aus guten Gründen – sehr stark. Dennoch habe Polen eigene politische Traditionen, die dem Faschismus ähnelten, insbesondere die starke nationale radikale Bewegung in den 1920er und 1930er Jahren. Diese Tradition habe weiter überlebt, auch durch die Zeit des Kommunismus, wenngleich sie klein gehalten wurde.

Konstruktion eines kulturellen Raums: In den 1990er Jahren habe die extreme Rechte eine Art „kulturellen Raum“ etabliert, der sich im Wesentlichen auf zwei Zielgruppen bezieht:

1. Die rassistischen Jugendkulturen (etwa Skinhead-Subkulturen), die beispielsweise durch die Musikszene, im Fußball und Internet präsent sind.
2. Die ältere Generation, die insbesondere durch die Radiostation Radio Maria, die gleichzeitig ein „Medienempire“ und eine soziale Bewegung sei, geleitet

würde. Sie transportiere katholisch-fundamentalistische, nationalistische, antisemitische und homophobe Einstellungen.

Die Etablierung dieser kulturellen Räume in Polen ließ sich nicht sofort in Wahlerfolge übersetzen. Erst seit 2001 könne man davon sprechen, dass sich eine eigene, separate Gruppe oder Bewegung etabliert habe. Zwei politische Parteien in Polen konnten eine Agenda entwickeln, mit der sie erfolgreich an diese politischen Milieus andocken konnten: Erstens, die Liga Polnischer Familien, die an die Tradition der 1930er Jahre anknüpft. Und zweitens die Samoobrona („Selbstverteidigung“), bei der es sich um eine Bewegung der Bauern und des Landes handelt. Deren vage ideologische Orientierung umfasst Populismus, einen ausgeprägten Nationalismus und auch gewaltbereite Elemente.

Aufstieg und Fall der Radikalen Rechten: Interessant sei in Polen nicht nur der Aufstieg der rechtsradikalen Parteien, sondern auch ihr rascher Fall. Bis zum Jahr 2005 galten die genannten Parteien zwar als „seltsam“, wurden dann aber vom Präsidenten Kaczyński als Regierungspartner akzeptiert. Diese Regierungsphase, die auch als Koalition mit Extremisten bezeichnet werde, barg einige alarmierende Signale: Zivilgesellschaftliche Freiheiten und auch die Unabhängigkeit der Medien wurden massiv angegriffen. Das Ende dieser Regierungsbeteiligung hatte zwei Gründe, so Pankowski: Zum einen die Unfähigkeit der eigenen Politiker, zum anderen die gelungene Mobilisierung vor allem junger Menschen durch die von Donald Tusk geführte konservative Partei Bürgerplattform. Die Abwahl der Regierung durch vorgezogene Parlamentswahlen im Jahre 2007 gelang mit einer seit 1989 einmaligen Wahlbeteiligung von 53 %. Die Kritik am Kurs Polens kam von Innen – im Gegensatz zum Fall Österreich und Haider hatte es keinerlei Solidarität oder Interesse an der Abwahl der Regierung aus anderen Ländern gegeben. Heute ist die Liga Polnischer Familien auf etwa 1 % zusammengeschrumpft. Rechtsradikale Parteien sind in Polen politisch unbedeutend. Auf ihrem Höhepunkt konnten diese Parteien jedoch etwa 40 % der Stimmen auf sich vereinen. Daher ist das Problem nicht „aus der Welt“: Es gibt weiterhin Akteure der Radikalen Rechten, ein Teil ihrer Anhänger/innen und Protagonisten haben sich der rechtskonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ angeschlossen. Ein weiteres andauerndes Problem stelle die Gewalttätigkeit in Polen dar, die seit den 1990er Jahren nicht abnimmt. Opfer von Gewalt sind vor allem ethnische Minderheiten, Homosexuelle und Menschenrechtsaktivisten.



Gegenstrategien: Für Gegenstrategien sei es wichtig, zivilgesellschaftliches Engagement zu zeigen und zudem mit den Medien zusammenzuarbeiten. Medien könnten im Umgang mit der Radikalen Rechten von kompetenten Forschern und NGOs lernen und dadurch besser vorbereitet in die Diskussion gehen. Auch der Weg in die Öffentlichkeit mit Informationen über rechtsradikale Übergriffe könne ein sinnvoller Ansatz für Gegenstrategien sein. So registriere und veröffentliche *Never Again* ein „Braunes Buch“, das rechtsradikale Gewalttaten auflistet. Die Resonanz der Medien auf diese kontinuierlichen Veröffentlichungen ist inzwischen recht hoch, womit eine gewisse Sensibilisierung der Öffentlichkeit gelänge.

Länderanalyse Ungarn: „Problem tief und breit verankert“

Den Erfolg der Radikalen Rechten in Ungarn schreibt **Prof. Dr. Pal Tamas** der Tatsache zu, dass ihre Ansichten mitnichten ein Problem der „Ghettoisierung“, sondern ein Teil des *Mainstreams* sei. Es gäbe in Ungarn keine Trennlinie zwischen Rechtskonservativen und Rechtsradikalen. Die Rechtskonservative sei die Kaderschmiede der Rechtsradikalen.

Vergangenheit und Zukunft: Das „Trianon-Syndrom“: Zentral für diesen Zustand sei das „Trianon-Syndrom“ (der Vertrag von Trianon bestimmt 1920 die Aufteilung des Königreichs Ungarn) und damit die Tatsache, dass sich die meisten Ungarn als Opfer fühlten. Die „Trianon-Syndrom“-Betroffenen hegten das alte deutsche Konzept der Kulturnation und fühlten sich angezogen vom Konzept der Volksgemeinschaft. Damit knüpften sie an ein historisches Weltbild an, dass seit den 1920er Jahren von der Mittelschicht in Ungarn aufgebaut wurde. Die Rechts-extreme stelle diese Selbstwahrnehmung als ihr zentrales Merkmal in die Mitte der öffentlichen Diskussion. Es sei die Verankerung dieser Selbstwahrnehmung in der brei-

ten Bevölkerung, die es so schwierig mache, dem aktuellen Rechtsextremismus etwas entgegenzusetzen, so Tamas. Mit Blick auf die Region differenziert Tamas zwischen zwei verschiedenen Ländergruppen in Ost- und Mitteleuropa: Er unterscheidet einerseits Länder mit nationalistischen ultrarechten Tradition, (semi-)faschistischen Wurzeln und Bindungen, zu denen Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, die Ukraine und die Slowakei gehörten. Andererseits geben es Länder ohne (semi-)faschistische Traditionen, zu denen die Tschechische Republik und Polen gehörten.

Die „Roma-Frage“: Das aktuell brisanteste Thema in der Öffentlichkeit in Ungarn sei die „Roma-Frage“. Hier sieht Tamas die meist feindliche Thematisierung der Roma als vergleichbar mit dem Feindbild „Islam“ im Westen Europas. Die Roma-Bevölkerung habe sich in den verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern unterschiedlich entwickelt: Während etwa in der Tschechischen Republik die Roma ein starkes Gruppenselbstbewusstsein hätten und Wert auf Beibehaltung ihrer Tradition legten, zeigten Untersuchungen, dass die ungarischen Roma sich eher assimilieren wollten. Dabei sei die ungarische Bevölkerung insgesamt unsicher, wie mit der Roma-Bevölkerung umgegangen werden solle. Roma stünden heute in Ungarn meist ganz unten auf der sozialen Leiter – ohne Chancen, sich zu emanzipieren. Sie seien – im Gegensatz zu Jüdinnen und Juden, die dem Antisemitismus durch internationale Organisationen oder Sorge zumindest Einhalt gebieten könnten – Aggressionen und Gewaltakten schutzlos ausgesetzt. Umfragen zeigten, dass Roma besonders negativ von der ungarischen Bevölkerung wahrgenommen werden. So antworteten auf die Frage, ob sie sich Roma als Nachbarn vorstellen könnten, 70 % der Ungarn mit „nein“ – genauso hoch wie die Ablehnung gegenüber einem „Neo-Nazi“ als Nachbarn; mit jüdischen Nachbar/innen hätten hingegen „nur“ 10 % der Ungarn ein Problem.

Jobbik: Attraktiv sei laut Tamas die rechtsradikale JOBBIK vor allem deshalb, weil sie geschickt an Identitätsangebote anknüpfe. Ihr Personal sei sehr gebildet und habe zum Teil sogar eine linke politische Sozialisation hinter sich. So sei Kristina Morvai, Spitzenkandidatin der Partei für die Europawahlen, früher in der linken Szene zu verorten gewesen. Der Präsident von JOBBIK, Gábor Vona, sei ein junger Historiker und einer der Hauptvertreter der ungarischen Studentenbewegung. Tamas stellte fest, dass während die besten Studierenden in Deutschland politisch links stünden, in Ungarn die „besten“ Köpfe unter den rechtsextremen Studenten zu finden seien. Ungewöhnlich am ungarischen Rechtsradikalismus sei zudem, dass Frauen überrepräsentiert sind, sowohl als Wähler/innen als auch als Mitglieder und Akteure. Jobbik konnte bei den Europa-Wahlen 14,8% der Stimmen erzielen und ist damit das erste Mal im Europäischen Parlament (drei Sitze) vertreten. Bei den nationalen Wahlen wird die Partei, so vermutet Tamas, zwischen 5 und 10% erreichen. Sie werde Stimmen gegenüber der Europawahl verlieren, da die Rechtskonservative bemüht ist, Jobbik Stimmen zu entziehen.

„Rechtsextremismus bekämpfen! Perspektiven europäischer Gegenstrategien“

Teilnehmer/innen der Podiumsdiskussion:

- *Suzette Bronkhorst*
Generalsekretärin des International Network Against Cyber Hate (INACH), Amsterdam
- *Martin Dulig, MdL*
Landesvorsitzender der SPD Sachsen
- *Floriane Hohenberg*
Leiterin der Abteilung Toleranz und Antidiskriminierung, OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Warschau
- *Kristian Vigenin, MdEP*
Mitglied im Europäischen Parlament
- *Michael Whine*
Direktor für Regierungsangelegenheiten und Internationales, Community Security Trust, London

Moderation: *Dr. Thomas Grumke*
Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Ausgangspunkt von Strategien gegen Rechtsextremismus sollten Überlegungen sein, wie „die Welt verändert werden müsste, um gegen rassistische, antisemitische wie fremdenfeindliche Übergriffe und Einstellungen aktiv werden zu können“, forderte Michael Whine. Eine

differenzierte Ursachenanalyse und vielschichtige Lösungsansätze seien notwendig, um adäquate Gegenstrategien entwickeln zu können. Dabei seien Ängste, die aufgrund des sozialen Wandels entstünden, eine Ursache, ebenso der individuelle Umgang mit dadurch entstehenden Herausforderungen. Martin Dulig betonte, dass die Stärkung der Menschen hin zu „selbstbewussten, aber auch selbstkritischen Menschen“, die „Förderung einer Anerkennungskultur“ in Politik und Gesellschaft ebenso wie „eine Kultur, die auch Widerspruch zulässt“, wesentlich seien, um gegen Rechtsextremismus gewappnet zu sein. Grundlegend für Gegenstrategien sei zudem für Vigenin, auch den „realen Problemen auf den Grund zu gehen“, welche die extreme Rechte thematisiere und „die sie in Wahlen erfolgreich mache“. Das hieße, individuelle „Perspektivlosigkeit“ ernst zu nehmen und „soziale Inklusion“ zu fördern. Suzette Bronkhorst gab zu bedenken, dass „nicht die extreme Rechte sich verändert“ habe, „sondern die Reaktion der Gesellschaft darauf“. Es sei notwendig, sich nicht an rechte Tendenzen zu gewöhnen. Und: „Wir müssen uns öffnen für eine sich ständig wandelnde Welt“, in der wir, „ob wir wollten oder nicht, zusammen leben müssen“, betonte Bronkhorst.

Problemfelder und Ansatzpunkte für Strategien

Schutz vor Diskriminierung: Ein zentraler Bestandteil für Strategien gegen Rechtsextremismus müsse der **Schutz (potenzieller) Opfer** sein, forderte Floriane Hohenberg. Häufig konzentrierten sich Gegenmaßnahmen zu sehr auf die Gruppe der Täter. Um das Problem zu erfassen und Politik wie Öffentlichkeit zu sensibilisieren, sei das kontinuierliche Monitoring von Hasskriminalität (*Hate crime*) unverzichtbar. Zwar haben bisherige Diskussionen auf internationaler Ebene zum Thema hassmotivierte Gewalt und Extremismus gezeigt, dass es großes Engagement seitens der Regierungen gibt, dieses Phänomen zu verhindern und Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Laut Hohenberg sei die Rolle der Zivilgesellschaft ausschlaggebend dafür, die Regierung konstruktiv zu Aktionen herauszufordern. Während hassmotivierte Gewalt von allen verurteilt wird und Regierungen sich auf Lösungen verständigen (wie z.B. angemessene Gesetzgebung und wirksame Umsetzung der Gesetze oder auch Bildungsmaßnahmen, um Stereotypen und Vorurteilen vorzubeugen), gibt es zu Hassreden keine einheitliche Haltung. Auf internationaler Ebene gibt es keine Einigung zum Umgang mit Hassreden. Einzelne Staaten nutzen unterschiedliche Methoden, um ein Gleichgewicht herzustellen zwischen ihrer Pflicht, die Meinungsfreiheit zu schützen und zu fördern, und der Pflicht, ihre Bürger vor Diskriminierung zu schützen. Whine fügte hinzu, dass es



auch eine wichtige „Aufgabe zivilgesellschaftlicher Organisationen sei, Regierungen beim Monitoring und der Auswertung von Daten zu Hasskriminalität zu unterstützen“. Allerdings sei die Arbeit auf nationaler oder lokaler Ebene natürlich leichter als multilaterale Anstrengungen. So konnten in Großbritannien beispielsweise die drei großen Parteien dafür gewonnen werden, keine rassistischen Argumente im Wahlkampf zu verwenden. Auch die antirassistische Organisation Searchlight sei, etwa mit ihrer „Hope not Hate“-Kampagne, in Gemeinden erfolgreich im Kampf gegen Diskriminierung, so Whine.

Bildung in Schule und Familie sei entscheidend, um Europa gegen Rechtsextremismus zu wappnen. Hierbei müsse gezeigt werden, dass „Ausländer oder Angehörige von Minderheiten nicht an Problemen schuld seien“, betonte Vigenin. Neben einem reinen Faktenwissen sei die Vermittlung von Erfahrungen der Vielfalt wichtig, um über den eigenen Tellerrand hinausschauen zu können und sich damit auch in einer heterogenen Gesellschaft zurechtzufinden. Demokratie auch erlebbar zu machen, sei ein wichtiger Ansatzpunkt für Strategien gegen Rechtsextremismus, so Dulig, „Demokratie darf nicht nur auf Parlamentarismus reduziert werden, sondern braucht Beteiligung“. Daher seien Partizipationsmöglichkeiten zu fördern, ob in Schule oder in einer Gemeinde, Beispielhaft für ein entsprechendes Selbstverständnis sei das Projekt „Für Demokratie Courage zeigen“, das in Sachsen aufgebaut wurde und heute als Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. bundesweit und in Frankreich erfolgreich sei.

Politischer Umgang mit der radikalen Rechten: „no go mit Rechtsextremen“

Rechtliche Mittel gegen rechtsextreme Parteien – wie etwa Bannmeilen, Nutzungsverbote in Plenarsälen, Demonstrationsverbote u. a. – sind wichtige Mittel im Kampf gegen Rechts. Allerdings muss hier stets neu das richtige Maß gefunden werden, um nicht für die Demokratie

lebensnotwendige Rechte anzutasten. „Ich halte es für eine falsche Strategie, die eigenen Rechte einzuschränken, bloß weil Nazis diese Rechte auch nutzen. Damit machen wir Demokratie kleiner und uns kleiner“, bemerkte Dulig hierzu. Statt Einschränkungen demokratischer Rechte in Kauf zu nehmen sei es notwendig, eine selbstbewusste Auseinandersetzung zu führen und gleichzeitig die Beteiligung der Rechtsextremen an politischen Entscheidungen nicht zu akzeptieren. Daher forderten Dulig und Vigenin ein „no go“ für die Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien. Im Sächsischen Landtag hätten die anderen Parteien sich geeinigt, Anträge der NPD grundsätzlich abzulehnen, so Dulig. Vigenin verwies auf die „Extrem Right-watch working group“ der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament. Sie würde analysieren, inwiefern rechtsradikale Parteien Entscheidungsfindungsprozesse in der EU beeinflussten. Es hätten bereits Konferenzen und Treffen der Gruppe in Leipzig, in Großbritannien und Ungarn sowie in Brüssel stattgefunden. Im Europa-Parlament konnte erreicht werden, dass keine Fraktion mit der rechtsextremen Fraktion ITS kooperiert (die bereits nach einem knappen Jahr zerbrach). Die politische Isolation hätte dazu geführt, dass „man sich von dieser Gruppe fernhielt“ und dass „Spannungen innerhalb der Gruppe entstanden“ seien, so Vigenin. Bronkhorst allerdings widersprach den Forderungen nach Isolation und sprach sich stattdessen dafür aus, in den Niederlanden die Rechtspopulisten in die politische Verantwortung zu nehmen. „Der einzige Weg, um Wilders los zu werden“ sei, so Bronkhorst, „ihn an die Macht zu bekommen. Er würde sich höchstens sechs Monate halten.“

Akteure der Gegenwehr

Staat und Zivilgesellschaft: Während der Staat sein Gewaltmonopol nicht aufgeben darf und Gewalttaten sowie Verletzungen gegen die Menschenrechte insgesamt bestrafen müsse, sei es gleichfalls wichtig, dass staatliche Institutionen sich gegenüber der Zivilgesell-

schaft öffnen und gemeinsam gegen Rechtsextremismus kämpfen, so Dulig. Die finanzielle Ausstattung von NGOs sei dabei ein stets brisantes Thema. Whine erläuterte die gelungene Arbeit des Community Security Trust im Kontext Großbritannien. So haben sie eine Sicherheitsgruppe zum Schutz der Jüdischen Gemeinde aufgebaut und ausgebildet. Sie bilden auch andere Glaubensgemeinschaften aus und erhalten für all ihre Tätigkeiten die aktive Unterstützung der Polizei und der Regierung. Sie beraten die Regierung bei Fragen zur Gesetzgebung und Politik im Bereich der Hasskriminalität.

Schulen und Jugendarbeit: Programme und Trainings in Schulen, etwa Anti-Rassismus-Trainings oder Holocaust-Erziehung werden bereits in Ländern wie Großbritannien umgesetzt. Beispiele seien Schülerbesuche nach Auschwitz oder die Auseinandersetzung mit dem „Holocaust in Srebrenica oder Ruanda“, so Whine. Die Betonung der Schulprogramme läge heute „weniger auf Rechtsextremismus- oder Rassismus-Bekämpfung, sondern auf der Förderung von equality“ (Gleichheit). Nachhaltigkeit werde durch deren Verankerung in die landesweiten Lehrpläne erreicht.

Politische Parteien müssen „aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme thematisieren und konstruktive Antworten hierauf finden“, insbesondere mit dem Ziel der „sozialen Inklusion“, sagte Vigenin. Dulig sieht insbesondere die SPD in der Pflicht, „Formen politischer Beteiligung“ zu finden, die zeitgemäß sind und die Menschen ansprechen. Aus dem Publikum wurde bemerkt, dass rechtsextreme Parteien mitunter eine attraktivere Öffentlichkeitsarbeit (Musikangebote, Gesprächskreise, Diskobesuche von Politikern) hätten als andere Parteien.

Die EU hat mit der Verabschiedung von Anti-Diskriminierungs-Richtlinien und Empfehlungen gegen Rassismus und Xenophobie gezeigt, dass sie handelt. Diese wurden national angepasst in den Mitgliedsstaaten umgesetzt, sodass Veränderungen in den nationalen Gesetzgebungen vorgenommen und im Bewusstsein der Öffentlichkeit erreicht wurden. Allerdings forderte Bronkhorst, dass „Kommissare eingesetzt würden, um deren Implementierung zu begleiten“. Der Umgang der EU mit dem Themenfeld sei nicht immer durch besondere Nachdrücklichkeit geprägt. So fehlten Kommissionen oder Beobachtungsstellen, die eine Umsetzung der Richtlinien – auch der Empfehlungen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – beobachten und gegebenenfalls rügen.

Öffentlichkeit / Medien: Eine Debatte über Menschenrechte und damit auch über Übergriffe auf Angehörige bestimmter Gruppen (insb. Roma, Juden, Moslems, Homosexuelle) sei elementar für eine nachhaltige



Bekämpfung des Rechtsextremismus, unterstrich u. a. Hohenberg.

Aktuelle Entwicklungen: Akteure der radikalen Rechten in Europa unternehmen aktuell einen neuen Versuch, ein transnationales Netzwerk zu schaffen. Die „Allianz der europäischen nationalen Bewegungen“ will sowohl im Europäischen Parlament als auch außerhalb des Parlaments eine Rolle spielen. Bislang umfasst es den französischen FN, die britische BNP, die ungarische Jobbik, die Schwedischen Demokraten, die Fron National Belge, die Ukrainische Svoboda Partei und die italienische MS-Fiamma tricolore.

Zur Autorin:

Britta Schellenberg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am C A P und Lehrbeauftragte am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München. Sie hat mehrere Projekte zum Thema Rechtsextremismus koordiniert.

Das **Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“** im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die **Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“** bündelt die wichtigsten Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Wenn Sie auch zukünftige Ausgaben der „Impulse gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an forum.rex@fes.de.

Mehr Informationen zu der Veranstaltung und der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de oder erhalten Sie gerne bei Nora Langenbacher (Nora.Langenbacher@fes.de).

Dieses Projekt wird gefördert von: